

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Abonnementpreis: Monatsabonnement R.-M. 1.75 einschließlich
Zustellung. Erscheint täglich werktags.

Annus-Post—Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene 48 mm breite Anzeilenzeile
kostet 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Anzeilenfeld
22 mm breit 50 Bfg. — Die Einzelnummer 10 Bfg.
Postfachkonto: Frankfurt am Main 39 864.

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Luisenstraße 26

Nr. 280

Samstag, den 29. November 1930.

5. Jahrgang.

Neues vom Tage

Der Reichspräsident empfing den deutschen Gesandten im
Graf von Jech, und den Gesandten in Bukarest, von Mutius.
In der Arbeitszeitfrage im Ruhrbergbau hat der Reichs-
minister den Schiedspruch vom 12. November, der die Ver-
längerung der gegenwärtigen Arbeitszeitregelung vorschlägt, für
abgelehnt erklärt.

Der Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller Magdeburg
am Tarif beteiligten Gewerkschaften das Lohnabkommen
31. Dezember 1930 gekündigt.

In Königsberg begann vor dem Erweiterten Schöffengericht
Prozess gegen den Hofbesitzer Wilhelm Pantens aus Tettenbusch
(Hof-Hoflein), der Ökonomie besitzt und die Landwirte zum
Verkauf aufzufordern hat.

Die polnische Regierung hat für über 70 Unterpositionen des
Zolltarifs die Einfuhrzölle wesentlich, zum Teil um
hundert Prozent, erhöht. Die erhöhten Zölle treten am
1. Dezember d. J. in Kraft. Praktisch richten sich die neuen pol-
nischen Zollerhöhungen vor allem gegen die deutsche Einfuhr.

Nach Meldungen aus Persien ist die Stadt Teheran durch das
Erdbeben fast vollständig zerstört worden. Die Bewohner sind
in Not und provisorisch errichteten Holzhäusern untergebracht.

Reichshaushalt 1931

Der Haushaltsplan für 1931 ist von der Reichs-
regierung so rechtzeitig vorgelegt worden, daß er dem Reichs-
tag am Anfang Dezember 1930 zugeleitet werden kann und
daher die von der Verfassung vorgesehene Zeit für dessen
Beratung und Verabschiedung bleibt. Das bedeutet
den dankenswerten Bruch mit der seit 1928 eingerissenen
Gewohnheit der Verzögerung der Haushaltsaufstellung durch
Verzögerungen, welche außerordentlich zur Unübersichtlichkeit
Reichsfinanzen und daher zur Erschütterung des Ver-
trauens in sie beigetragen hat.

Die Reichsregierung mußte angesichts der offenbaren steuer-
lichen Überlastung, welche auf der gesamten Wirtschaft ruht,
mit Rücksicht auf die im Zuge befindliche Preis- und
Lohnsenkung darauf verzichten, in dem laufenden Haushalts-
plan weitere Einnahmequellen zu eröffnen; sie rechnet mit
einem Defizit von 750 bis 900 Millionen durch Winder-
ahmen und von 300 Millionen durch Ausgabeerhöhungen.
Diesem Betrag konnten 530 Millionen durch die Amerika-
hilfe gedeckt werden, der Rest des Fehlbetrags muß durch
Kontingenten herbeigeholt werden. Daneben ist noch ein
kleiner Kreditbedarf der Gemeinden mit Rücksicht auf die
steigenden Wohlfahrtsausgaben zu erwarten.
Der neue Reichshaushalt schaltet endgültig das Risiko der
Reichsfinanzen von der Reichsregierung aus. Die vorgenommene
Kontingenterhöhung belastet Arbeitgeber und Arbeitnehmer so,
daß ihre Beibehaltung auf längere Zeit unerträglich
ist. Die notwendige Reform, die seit Jahr und Tag immer
vergeblich verlangt wird, muß im neuen Haushaltsjahr
durchgeführt werden, damit nicht letzten Endes doch wieder das
Risiko der Reichsfinanzen der Reichsregierung gezwungen
wird, einzupringen und das Gleichgewicht seiner Finanzen
neuem zu gefährden.

Im Rahmen seiner unmittelbaren Aufgaben schafft der neue
Haushalt jedoch im wesentlichen eine endgültige Ordnung. Er
ist zwar unter einem Defizit von 150 Millionen, das durch
Verkauf von weiteren Vorgussaktien der Reichsbahn gedeckt
werden soll, aber andererseits werden 420 Millionen zur außer-
ordentlichen Schuldentilgung vorgesehen. Die Ausgabe-
seite des Reichshaushalts steht im Zeichen des Spar-
ankens. Nicht weniger als 1140 Millionen Ausgaben
für 1931 weniger veranschlagt als für 1930. Von
den 1140 Millionen entfallen 418 auf eine Kürzung der
Ausgaben an die Länder und Gemeinden, von denen
allerdings 170 Millionen durch die geplanten Gehalts-
senkungen wieder zuzufallen, 267 Millionen werden durch die
Kürzung der Arbeitslosenversicherung aus dem Haushalt
entfallen, ferner ergibt das Reich aus der geplanten Gehalts-
senkung 63 Millionen und durch Einsparung bei den Sach-
ausgaben 300 Millionen Ausgabeerhöhungen. Trotzdem ist auf
Einnahmeseite das Gleichgewicht nicht anders herzustellen
als durch Verlängerung gewisser Steuern des
Jahres 1930, so insbesondere der Bedienstetensteuer und des fünf-
prozentigen Zuschlages zur Einkommensteuer, die zusammen
Millionen bringen sollen, und darüber hinaus durch die
Erhöhung einer erneuten Erhöhung der Tabaksteuer mit
einem geschätzten Mehrerlös von 167 Millionen.
Auch einschließlich der neuen Einnahmen zeigen die
Einnahmenseiten für 1931 einen ähnlichen Rückgang
wie die Ausgaben. Die Besitz- und Verkehrssteuern werden
um fast eine Milliarde niedriger veranschlagt als für das
vorherige Jahr, Zölle und Verbrauchsabgaben um etwa
200 Millionen. Diese Schätzungen tragen der Auswirkung der
unfertigen Wirtschaftslage Rechnung; auch wenn im neuen
Jahre die Konjunktur anzukommen sollte, wird die Rückwirkung
der öffentlichen Einnahmen im Laufe einer längeren
Zeitraum.

Zur innerpolitischen Lage.

Um das große Finanzprogramm der Reichsregierung. — Parlamen-
tarische Entscheidung oder Notverordnung. — Eugenbergs im Reichs-
kanzler. — Die Haltung der Sozialdemokraten.

Die Vorverhandlungen des Reichskanzlers über
die Frage wie das große Finanz- und Wirtschafts-
programm der Reichsregierung in Kraft gesetzt
werden soll, sind abgeschlossen. Die Reichsregierung steht
jetzt vor der schweren Entscheidung, ob sie versuchen soll, ihr
Programm auf parlamentarischem Wege, d. h. unter Mitwirkung
des Reichstags durchzusetzen, oder aber ob sie unter Anwen-
dung des Artikels 48 der Reichsverfassung es durch eine Not-
verordnung des Reichspräsidenten in Kraft setzen soll.

Reichskanzler Dr. Brüning hat seine Besprechungen mit
den Parteiführern jetzt beendet. Von den Nationalsozialisten
empfangen er den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Abg.
Wöring. Über das Ergebnis der Besprechung wurde Stillschweigen vereinbart. Weiter hatte Dr. Brüning eine Aus-
sprache mit dem Führer der Deutschnationalen,
dem Abgeordneten Eugen Berg. Es ist in politischen
Kreisen aufgefallen, daß diese Unterredung mehr als 2 1/2 Stun-
den dauerte. Über ihren Verlauf hat man nichts erfahren,
beide Teile bewahren Stillschweigen darüber. Wie man hört,
soll aus Kreisen der Industrie auf den deutschnationalen Führer
eingewirkt worden sein, aus seiner unbedingten Oppositions-
stellung gegenüber dem Kabinett Brüning herauszutreten. Die
lange Dauer seiner Aussprache mit dem Reichskanzler wird von
verschiedenen Seiten bereits als ein Erfolg dieser Einwirkungen
angesehen, es ist aber anzunehmen, daß die Dinge schon so weit
gediehen sind. Einstweilen wird man immer noch damit rechnen
müssen, daß Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten,
Wirtschaftspartei und Landvolk das Regierungsprogramm ab-
lehnen werden, so daß die Entscheidung im Reichstag nach wie
vor in erster Linie bei den Sozialdemokraten liegt.

Ein Beschluß des Reichskabinetts über parlamentarische Be-
handlung des Regierungsprogramms oder Notverordnung wird
gefaßt werden, sobald der Reichsinnenminister Dr. Wirth von
seiner Reise nach Oppeln zurückgekehrt ist.

Um den Krankenschein.

Bei den Besprechungen des Reichskanzlers und des Reichs-
innenministers mit den Führern der Sozialdemokratie haben
diese verlangt, daß die Notverordnung vom Juli d. J.,
die für die Ausstellung eines Krankenscheins
eine von dem Versicherten zu zahlende Ge-
bühr von 50 Pfennig verlangt, aufgehoben
wird. Die Reichsregierung hat eine völlige Aufhebung dieser

Bestimmung abgelehnt, aber eine Abänderung dahin vorgeschlagen,
daß langfristig Erwerbslose und Tuberkulosekranke von der
Zahlung der Gebühr befreit werden.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende hat sich in einer
Sitzung erneut mit dieser Frage befaßt. Er will eine völlige
Befreiung aller Erwerbslosen von der Zahlung der Kranken-
scheingebühr bei der Reichsregierung vorschlagen. Im übrigen
billigte er die Haltung der sozialdemokratischen Unterhändler.

Eine Erleichterung.

Im Reichstag haben sich bei der Beratung des Steuer-
vereinfachungsgesetzes und des Finanzaus-
gleichs Schwierigkeiten ergeben, so daß die Beratung
dieser beiden Vorlagen zurückgestellt werden mußte. Der Reichs-
kanzler hat sich damit einverstanden erklärt, daß beide Vor-
lagen aus dem Regierungsprogramm herausgenommen und erst
nach den Weihnachtstagen erledigt werden.

Da sowohl das Steuervereinfachungsgesetz als auch der
Finanzausgleich auf starke Widerstände gestoßen sind, bedeutet
die einstweilige Zurückstellung der beiden Entwürfe eine gewisse
Erleichterung der Lage.

Preisfestsetzung und Markenartikel.

In den Besprechungen der Reichsregierung im Rahmen der
Preisfestsetzung hat die Tatsache, daß die Preisfestsetzung für
Markenartikel so zögernd erfolgt, eine wichtige Rolle gespielt.
Diese Markenartikel haben im täglichen Haushalt eine große Be-
deutung, so daß die Reichsregierung es für dringend erforder-
lich hält, gerade auch für diese Artikel die Preisfestsetzung herbei-
zuführen und wenn es sein muß, zu erzwingen.

Zu diesem Zwecke besteht die Absicht, dem Einzelhandel
das Recht zu geben, bei Markenartikeln einen allgemeinen
Rabatt bis zu 10 Prozent zu gewähren. Diejenigen Marken-
artikel, die bisher schon die Preisfestsetzung vollzogen haben, sollen
freigelassen werden. Ferner wird erwogen, für bestimmte
Markenartikel den Preis festzusetzen. Ramentlich würde
diese Maßnahme diejenigen Artikel betreffen, die bisher eine
solche Preisfestsetzung noch nicht vorgenommen haben, also vor
allem Dingen Margarine, Suppenwürste, Metallpulver- und Schuh-
pulverartikel und Seifenpulver, soweit die Preise hierfür noch
nicht gesenkt worden sind.

Wirth in Oberschlesien.

Bei den Wirtschaftskreisen und den politischen Parteien

In Oppeln hat sich aus Anlaß der Anwesenheit des Reichs-
ministers des Innern Dr. Wirth die Vertreter sämtlicher Wirt-
schaftskreise und politischen Parteien Oberschlesiens zusam-
gefunden, um zu den Vorgängen in Ostoberschlesien Stellung zu
nehmen. Das Ergebnis dieser Besprechungen wurde überein-
stimmend wie folgt festgelegt:

Die obereschlesische Bevölkerung hat sich, wie in
Oberschlesiens schwerster Zeit vor zehn Jahren unter Zurück-
stellung aller politischen und wirtschaftlichen Gegensätze einmütig
zusammengefunden. Sie lenkt die Aufmerksamkeit
der Kulturwelt auf die unerhörten Verge-
wältigungen unserer deutschen Brüder jenseits
der Grenze.

In heller Empörung über die ungeheuerlichen Verletzungen des
Genfer Abkommens, die eines Staates unwürdig sind, der als
Kulturstaat gelten will, legt das obereschlesische Volk in allen
seinen Schichten schärfste Verwahrung ein. Das obereschlesische
Volk fordert von der Reichsregierung, daß sie unverzüglich alle
ihre als Vertragspartner des Genfer Abkommens zur Verfügung
stehenden Mittel ergreift, um das deutsche Recht zu wahren und
unser Land vor den Gefahren zu schützen, die die Anwendung
derartiger verwerflicher Methoden in Polen auch für unser Land
bringen muß.

Reichsinnenminister Dr. Wirth legte die Auffassung des
Reichskabinetts dar und wies insbesondere auf den bedeu-
tenden Schritt der Reichsregierung beim Ver-
kehrs- und Handelsrat hin. Unter gar keinen Umständen dürfe bei
der obereschlesischen Bevölkerung der Gedanke entstehen, daß das
obereschlesische Land schutzlos dastehe. Der Minister gab seiner
besonderen Freude darüber Ausdruck, daß trotz aller begreiflichen
Erregung das obereschlesische Volk so musterhaft
Disziplin und Ruhe bewahrt und vor allem die
Rechte der polnischen Minderheit auf deutschem Gebiete nicht
im geringsten angetastet habe.

Deutschlands Auslandsverschuldung.

Die kurzfristigen Schulden etwa 11 Milliarden Mark.

Die gegenwärtige Höhe der deutschen kurzfristigen Aus-
landsverschuldung ist nach Berechnung des Statistischen Reichs-
amts auf mindestens 10.8 bis 11.8 Milliarden Reichsmark zu
schätzen. Für Ende September 1930 ist die kurzfristige Aus-
landsverschuldung der gesamten deutschen Banken mit rund
8.3 Milliarden Reichsmark anzunehmen. Der Umlauf an lang-
fristigen Auslandsobligationen (langfristige Auslandsverschul-
dung) belief sich am 30. September 1930 auf 8520 Millionen
Reichsmark.

Für die ausländischen Anlagen in Deutschland Ende Sep-
tember 1930 kann man nach Schätzungen des Statistischen
Reichsamts etwa folgende Beträge annehmen: Kurzfristige
deutsche Verschuldung 10.8 bis 11.8 Milliarden Reichsmark,
langfristige deutsche Verschuldung 9.3 Milliarden Reichsmark,
ausländische Anlagen in Beteiligungen und Filialen 4 Mil-
liarden Reichsmark, ausländische Anlagen in Grundstücken
2 Milliarden Reichsmark, insgesamt also 26.1 bis 27.1 Mil-
liarden Reichsmark.

Ausscheiden Bredts aus der Reichsregierung.

Die Haltung der Wirtschaftspartei.

Zu der Kritik, die das Ausscheiden der Wirtschaftspartei aus
der Regierung gefunden hat, wird aus führen-
den Kreisen der Wirtschaftspartei erklärt, die Zurückziehung des
Ministers Dr. Bredt und die jüngste Erklärung der Wirtschafts-
partei sei nicht etwa so aufzufassen, daß nun die Wirtschafts-
partei in grundsätzliche Opposition zu allen Maßnahmen der
Reichsregierung treten wolle. Es handele sich für die Wirt-
schaftspartei darum, die volle Freiheit der Entscheidung über
alle einzelnen Maßnahmen der Regierung zurückzugewinnen.
Ganz falsch sei die Auffassung, als sei die Preisfestsetzung
der Regierung bestimmend gewesen für den Schritt der Wirt-
schaftspartei. In einem wirksamen Preisabbau habe gerade die

Wirtschaftspartei das größte Interesse; sie wehrte sich aber gegen ungewöhnliche Methoden bei dieser Aktion.

Der Sanierungsvorlage der Regierung könne die Wirtschaftspartei in manchen Punkten zustimmen; sie sei aber gegen die Schenkungssteuer. Nicht befriedigend seien auch die Formen, die die Regierung für den Abbau der Wohnungswirtschaft und für den Abbau der Realsteuern gewählt hat. Der an sich begründete Zweck könne auf diese Weise nicht erreicht werden. Weiter wird betont, daß Reichsjustizminister Dr. Brüder bei dem Rücktritt von seinem Amt nicht etwa einem Diktat der Partei oder der Reichstagsfraktion gefolgt sei. Minister Dr. Brüder habe vielmehr selbst erklärt, daß er bei einzelnen Stellen der Regierung nicht die Unterstützung gefunden habe, die er glaubte erwarten zu dürfen.

Ein Antrag der thüringischen Regierung

Die Geraer Reichsbannergruppe soll aufgelöst werden.

Vom thüringischen Ministerium des Innern wird folgendes mitgeteilt: Nach den polizeilichen Ermittlungen hat die Ortsgruppe Gera des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Samstag zwischen Kleinjara und dem Walbrand „In der Käsehäut“ bei Gera eine militärische Übung abgehalten, an der etwa 260 Personen teilgenommen haben. Die militärische Übung sah Marschformation, Verbindungsleute und anderes vor. Vor dem Walbrand wurden Schützenlinien auf freiem Felde entwickelt. Es erfolgte ein markierter Angriff auf den Walbrand, der durch Hornsignale, wie sie früher bei den Feldübungen der Infanterie abgegeben wurden, abgebrochen wurde.

Aus dem Verhalten der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners geht hervor, daß sich diese Ortsgruppe militärisch betätigt und durch ihre Betätigung und ihren Zweck im Widerspruch zu dem Gesetz zur Durchführung der Art. 177 und 178 des Friedensvertrages steht. Das thüringische Ministerium des Innern hat daher pflichtgemäß nach § 1 des genannten Gesetzes den Herrn Reichsminister des Innern um seine Zustimmung zur Auflösung der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf Grund der erwähnten gesetzlichen Bestimmungen gebeten.

Frankreichs „Sicherheit“

Eine Rede Tardieu.

Auf einem Bankett einer Pariser Bezirksvereinigung republikanischer Parteifunktionäre hielt Ministerpräsident Tardieu eine Rede, in der er an die Einigkeit seiner Kammermehrheit appellierte. Tardieu ging dann auf die Unfruchtbarkeit der parlamentarischen Arbeiten in Frankreich ein und erklärte, seit Wiedereröffnung der französischen Parlamentssession habe das französische Parlament von 21 Sitzungstagen nur an 6 Tagen fruchtbare politische Arbeit getan. Tardieu hob dann die Bemühungen seiner Regierung in Genf und in Haag hervor, Lösungen zu erreichen, die den Interessen Frankreichs und des „Friedens“ entsprächen.

Frankreich habe das Recht gehabt zu hoffen, daß die vollkommen liberale Weise, in der es die Verträge ausgelegt habe, in einem benachbarten Land (d. i. Deutschland) eine logische und moralische Gegenleistung auslösen würde. Gewisse Ereignisse hätten eine Enttäuschung gebracht. Aber die französische Regierung habe nicht versagt, die unerlässlichen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Das Ziel der französischen Außenpolitik sei der Friede. Tardieu erinnert daran, daß die Regierung die Sicherheit Frankreichs nicht aus den Augen verloren habe, denn sie habe die einjährige Dienstzeit verbessert, die Durchführung des Flottenbauprogramms gehe planmäßig vonstatten und die Krisis in der Luftschiffahrt werde ihrer Lösung entgegengeführt. Die Regierung habe ihre besondere Aufmerksamkeit dem Finanzproblem gewidmet, weil er, Tardieu, selbst sich 1917 davon habe überzeugen können, daß, wenn die Vereinigten Staaten damals nicht in den Krieg eingetreten wären, und wenn Frankreich nicht aus ihren ersten Vorschüssen bereits im Juni des genannten Jahres hätte Nutzen ziehen können, Gefahr bestanden hätte, daß 800 000 Tonnen Waren mangels Bezahlung auf den Reis von New York verblieben wären. Daher stehe die finanzielle Sicherheit an erster Stelle.

Um die französischen Militärkredite.

Bei der Beratung der Militärausgabekredite in der französischen Kammer bezeichnete der Vorsitzende des Seeres-Ausschusses Abgeordneter Fabry Frankreichs Sicherheit als unabdingbar. Für die Grenzbedeckung würde man 300 000 ausgebildete Mann benötigen, die mit dem modernsten Material ausgestattet seien. In Wirklichkeit aber verfüge man nur über 50 000 gebiente Leute und 240 000 Mann weiterer Truppen, von denen jedoch 150 000 Mann noch eine Ausbildungzeit von zehn Monaten benötigten.

Der sozialistische Abgeordnete Faure erklärte, man müsse im Ausland den Eindruck vermeiden, als ob Frankreich zwei Gesichter besäße, d. h. als ob es gleichzeitig den Abrüstungsgrundsatz unterstütze und seine Rüstungen heraufsche.

Er weist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der französischen Delegierten in Genf hin und betont, daß die französischen Sozialisten durchaus keine einseitige Abrüstung wünschten; aber die Abrüstung Deutschlands sei bei Kriegsende als Vorspiel zur allgemeinen Abrüstung bezeichnet worden. Leider sei die Innen- und Außenpolitik Frankreichs nicht mehr in dem Sinne orientiert, daß Frankreich in vorderster Reihe bei den Bemühungen um den Frieden stehe.

Der Redner kritisiert scharf die französischen Waffenlieferungen ans Ausland.

Die Weiterberatung wurde sodann auf den kommenden Dienstag vertagt.

Politische Tageschau

Deutscher Wahlsieg in Nordschleswig. Bei den Kirchenvahlen in Sonderburg ergielten die Deutschen einen glänzenden Erfolg. Sie erhielten 734 Stimmen, die Dänen nur 451 und die Sozialdemokraten nur 126. Damit entfallen auf die deutsche Liste neun, auf die dänische fünf Sitze und auf die sozialdemokratische ein Sitz. Bisher saßen in der Kirchenvorstandung fünf Deutsche, sieben Dänen und drei Sozialdemokraten. Die Deutschen hatten nicht mit einem so glänzenden Erfolg gerechnet und daher auf ihre Liste nur sieben Kandidaten gesetzt.

Zwischenfall im englischen Unterhause. Das Unterhause lehnte einen konservativen Mißtrauensantrag gegen die Regierung MacDonald mit 299 gegen 231 Stimmen ab. Vor der Abstimmung kam es im Unterhause zu einem Zwischenfall. Wie es heißt, hatte der frühere Unterstaatssekretär von Indien Winterton eine beleidigende Bemerkung über den Abgeordneten der Arbeiterpartei Simmons gemacht, was bei der Arbeiterpartei großen Unwillen hervorrief. Simmons trat nun während der Abstimmung über den konservativen Mißtrauensantrag an Winterton heran und schlug ihm mit einer Papierrolle ins Gesicht. Winterton ignorierte diesen Angriff und auch der Sprecher des Hauses lehnte es ab, davon Notiz zu nehmen, da er, wie er sagte, den Angriff nicht bemerkt habe. Weiter wird noch gemeldet, daß Simmons sich später bei Winterton entschuldigte, wodurch der Zwischenfall beigelegt wurde.

Rosconi über die Finanzlage Italiens. In der italienischen Kammer sprach Finanzminister Rosconi über die Finanzlage. Er erinnerte zunächst daran, daß, nachdem das Geschäftsjahr 1928/29 mit einem Ueberschuß von 555 Millionen Lire abschloß, die Schwierigkeiten, die sich aus der Stabilisierung der Lira ergeben hatten, als überwunden angesehen werden könnten. Das Etatsjahr 1929/30 sei jedoch viel weniger günstig gewesen, so daß sich beim Abschluß ein Ueberschuß von nur 65 Millionen Lire ergab. Als den Hauptgrund für diese Verschlechterung der Finanzlage bezeichnete Finanzminister Rosconi die Weltwirtschaftskrise, die vor allem auf die große nordamerikanische Finanzkrise im Herbst 1929 und auch den damit verbundenen starken Sturz der Großhandelspreise auf allen Märkten zurückgehe. Neue Ausgaben seien z. B. auf dem Gebiete der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Behebung der Erbhebensschäden notwendig gewesen. Infolge der wirtschaftlichen Depression habe sich der Steuerertrag verringert, so daß sich infolge der erhöhten Ausgaben für militärische Zwecke und für öffentliche Arbeiten und Erbhebensschäden am 31. Oktober ein Fehlbetrag von 729 Millionen ergeben habe. Es seien schärfste Sparmaßnahmen auf allen Gebieten notwendig zur Wahrung des Ausgleichs der Staatsbilanz.

Die Pariser Polizei hat den ehemaligen italienischen kommunistischen Abgeordneten Grieco wegen Benutzung falscher Ausweispapiere verhaftet. Grieco übte, trotzdem er im Jahre 1926 aus Frankreich ausgewiesen worden war, in Paris das Amt des Generalsekretärs der italienischen kommunistischen Partei und der antilabelistischen Komitees im Auslande aus.

Das ungarische Kabinett trat zu einem Ministerrat zusammen, in dem vor allem Ministerpräsident Graf Bethlen die Mitglieder der Regierung über seine Berliner Reise unterrichtete.

Die Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages zum Finanzprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 29. Nov. Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages trat heute unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz v. Mendelssohn zusammen. Nach Entgegennahme eines Vortrages des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg nahm der Ausschuss zum Finanzprogramm der Reichsregierung und zur Frage der Preisfestlegung eine Entschließung an, in der u. a. betont wird, es sei unerlässlich, daß die zur Erhaltung von Staat und Wirtschaft erforderlichen Maßnahmen alsbald in Kraft gesetzt werden. Insbesondere gelte dies im Zusammenhang mit den dringenden Fragen der internationalen Verschuldung. Wenn es nicht gelänge, die Abwärtstendenz des Geldwerts zu stoppen, so würde die Wirtschaft in den nächsten Jahren in eine tiefe Krise verfallen. Ferner heißt es, im Entwurf des Steuervereinfachungsgegesetzes seien erhebliche Verbesserungen notwendig und eine weitere Anpassung der deutschen Warenpreise auf allen Gebieten der Gütererzeugung und Verteilung an die veränderte Lage auf den Weltmärkten sei ein dringendes Gebot der deutschen Wirtschaft, zumal ihrer Behauptung im internationalen Wettbewerb. Vor allem sei die Senkung der öffentlichen Lasten, die Ermäßigung von Kapitalzinsen und eine richtige Anpassung der Löhne an die Konjunkturlage erforderlich.

Das Zentrum zur Preisfestlegung.

Berlin, 29. Nov. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag begrüßt das Bestreben der Reichsregierung, die Preisfrage weiter zu senken. Er ersucht die Reichsregierung, zu diesem Zwecke die Preisfestlegung mit Rücksicht auf die Zurückhaltung der Käuferkraften rasch zum Abschluß zu bringen und dabei insbesondere a) die in der zweiten Wirtschaftskrise noch bestehenden volkswirtschaftlich schädlichen Bindungen und Preisbehinderungen unter Anwendung der bestehenden Notverordnung vom 26. 7. 1930 zu lösen und unter entsprechende Strafen zu stellen; b) die Preisbindung in den Markenartikeln, die Gegenstände des täglichen Bedarfs einschließen, soweit sie volkswirtschaftlich schädlich sind, unverzüglich aufzuheben. Die Reichsregierung entscheidet selbst, welche Gegenstände unter den Begriff des täglichen Bedarfs fallen.

Abg. Göring beim Reichskanzler

Berlin, 29. Nov. Der Reichskanzler empfing heute vormittag in Abwesenheit des Staatsministers Dr. Frick den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Abg. Göring zur Besprechung über die Regierungsvorlagen. Im gegenseitigen Einverständnis wurde bis auf weiteres Stillschweigen über die Besprechung vereinbart.

Ordnungs auch für 1931 gefordert.

Berlin, 29. Nov. Im preussischen Landtag ist ein deutsch-nationaler Antrag eingegangen, in dem darauf hingewiesen wird, daß im preussischen Haushalt für 1930 zur Vinderung der großen Notlage in den östlichen Grenzgebieten ein Betrag von 15 Millionen Mark eingelegt gewesen sei, daß jedoch im neuen Haushalt ein solcher Betrag fehle. Die Regierung begründe den Fortfall dieses Betrages mit allgemeinen Sparmaßnahmen. Es wird ein Beschluß des Landtages gefordert, wonach das Staatsministerium Einsparungsvorschläge im neuen Haushalt in Höhe von 15 Millionen Mark machen solle, damit der Ordnung im Haushalt für 1931 erhalten bleibe.

Bürgersteuer vom Thüringer Landtag abgelehnt.

Weimar, 29. Nov. Das Gesetz über die Bürgersteuer wurde im Thüringer Landtag abgelehnt, und zwar mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen die der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen und der Deutschen Staatspartei.

Zwei neue Demissionen wegen des Dufur-Standals.

Paris, 29. Nov. Der Unterstaatssekretär für Kunstpflege Abgeordneter Lautier, und der Unterstaatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten, Falcoz, sind, ebenso wie vor einigen Tagen der Justizminister, im Zusammenhang mit dem Dufur-Standale zurückgetreten. Die beiden Unterstaatssekretäre erklärten dem Ministerpräsidenten, daß sie zur Bank Dufur gekommen seien und einwandfreie Beglaubigungen als Bankkunden gehabt hätten. Sie wünschten sich hierüber in der ersten Sitzung der gestern gebildeten Enquete-Kommission zu äußern, möchten dies jedoch in voller Unabhängigkeit tun. Nunmehr haben bereits drei Mitglieder des Kabinetts Tardieu sich gezwungen gesehen, wegen der Affäre Dufur ihre Demission zu nehmen.

Der Do X-Flug nach Amerika.

Lissabon, 29. Nov. Ein Vertreter der Dornier-Werke erklärt Journalisten, Do X werde Samstag nach Cadix starten, um dann genau überprüft zu werden. Die bisherige Fahrt habe die Mannschaft in den Entschlüssen bestärkt, den Transoceanflug nach Südamerika zu wagen. Der Flug soll im Januar stattfinden. Vor dem Start nach Amerika würden über Lissabon Schausläge durchgeführt werden.

Notizbuch der Woche.

Vom November in den Dezember. — Die Poesie der Adventszeit. — Volksfeste und Barbarazweige. — Ein hübsches Schicksal von der Länderkonferenz. — Die „Mudenmilch“. — Eine schöne Ueberraschung.

Der Dezember ist der Christ- oder Weihnachtsmonat. Er läßt für die Kleinen und Großen die Zauberbilder des hohen Weihnachtsfestes neu entstehen. Die trübe wirtschaftliche Lage wirft allerdings dunkle Schatten für viele Menschen in die Festesfreude. Wer in der Lage ist, sollte sich seiner darben und freudlosen Lebensgenossen gerade in dieser Zeit besonders annehmen. Der Christmonat ist der eigentliche Winteranfang; er ist die Zeit der Rauhnächte, des Heiligen Nikolaus, des Vorabes des Christfestes. In den Dörfern gibt es keine heimeligere und traulichere Zeit als die Adventszeit, die mit dem nächsten Sonntag beginnt. Der Advent ist eine Zeit stiller und andachtsvoller Sammlung und religiöser Erbauung. In der Natur draußen es immer eindüster und öder geworden. Mit der Adventszeit kommen aus dem Lande aber wieder alle Sitten und Bräuche zu neuer Belebung. Die sogenannten „Kloppferleut“ ziehen von Haus zu Haus, von einer Ortschaft zur anderen und sie feiern mit dem Ansingern und Anklopfen die Weihnachtsspiele ein. In Altbayerischen und in der Umgebung wird von den Kloppferleuten mancher Lobspruch hergesagt. Einer der bekanntesten lautet:

Lustig san mir Kloppfer,
Wann uns d' Leut was geb'n,
Hopfasa und Heisasa,
Da ham ma 's schönste Leb'n
Bei der schönen Sommerzeit.
Wann die Bauern müssen schwigen,
Da geh'n ma hintern Zaun hinaus
Und toan uns niederzihen.

Auch die Zeit der Barbarazweige kommt heran. In allen Ländern kennt man die schöne Sitte, am 4. Dezember als am Barbaratag, Kirchengeweihe und anderes Gezeig zu schneiden und dieses im Wasser aufzustellen. Als Weihnachtsbrauch, an dem der uralte Glaube an die Glücksbringer blühenden Zweige haftet, geht bis auf ganz frühe Zeiten zurück. Während wir uns also schon jetzt auf das kommende Weihnachtsfest freuen, geht das Leben draußen in aller Welt trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter. Da wird z. B. aus der letzten Sitzung der Länderkonferenz eine hübsche Geschichte erzählt, von der man freilich dahingestellt sein lassen kann, ob sie sich genau so zugetragen hat. Der bayerische Ministerpräsident Heß habe dort darauf hingewiesen, daß der von den preussischen Vertretern so häufig angeführte Freiherr von Stein kein Preusse gewesen sei. Darauf erwiderte ihm der preussische Vertreter, daß ja auch der Herr bayerische Ministerpräsident kein Bayer, sondern Massauer sei. Er selbst der preussische Vertreter, sei Lübecker. Der Bürgermeister von Lübeck sei Mecklenburger; der Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin wiederum sei Lübecker, der Staatspräsident von Hessen sei Bremer, der Ministerpräsident von Sachsen sei Preusse. Schließlich meldete sich der thüringische Ministerpräsident, der bat, ihn nicht zu vergessen, daß er doch auch Preusse sei.

Eine sehr nette Geschichte hat sich auch dieser Tage in einem der Frankfurter westlichen Vororte ereignet. Kam da eine Frau zu einem Landwirt und verlangte einen halben Liter „Mudenmilch“, d. h. die Milch eines säugenden Schweines, wie für die kleinen am Rande bemerkt sei, die sich in Frankfurts Lokalanaldrücken nicht so gut auskennen. Zu was sie denn die Milch brauche, fragte natürlich der Landwirt, worauf die Frau erwiderte, sie habe gehört, man könne seinem Mann damit das Trinken abgewöhnen; wenn man besagte Milch heimlich in die Waise in den Kaffee schütte. Der Landwirt war ein Schall und verkaufte für sage und schreibe fünf deutsche Reichsmark einen halben Liter „Mudenmilch“, die allerdings von einer Kuh stammte. Glücklicherweise ging die Frau nach Hause und machte die Probe aufs Exempel. Doch die bittere Enttäuschung folgte bald. Der Mann blieb trotz des „Heilmittels“ am Abend nicht zuhause, sondern ging mit dem Landwirt, der das heilsame Tränkelein verkauft hatte, in eine Wirtschaft, allwo sie die fünf Mark in der Wortes wahrster Bedeutung „verflümmelten“. Dann aber packte ihn die Wut, zumal die wackeren Bechgenossen mit ihrer Meinung nicht zurückhielten, ging schwankend nach Hause und versuchte die Küche seiner nichtsahnenden Frau kurz und klein zu schlagen. Es hatte schon einen recht stattlichen Hausen Erbsen gegeben, ehe die Nachbarn einschreiten konnten, um dem Unheil Einhalt zu bieten. Mit der Wunderkraft der „Mudenmilch“ war es also nichts. Die geplagte Frau hat nun zu dem Schaden auch noch den Spott umsonst, denn ganz heimlich hat über die tragikomische Geschichte von der Wundermilch eine fatale Verwickelung erlebt auch ein Eisenbahner in Reichenbach, der im Frühjahr auf seinem Familiengrab im Friedhof St. Zeno Begonien angepflanzt hatte. Er besuchte mehrere Monate hindurch den Friedhof nicht mehr und staunte nicht wenig, als er kurz vorm Totensonntag den Friedhof betrat und auf dem Grab 17 wohlentworfene Krautpflanzen vorfand, deren Samen mit den Begonien verwechselt worden war. Es blieb ihm nichts weiter übrig, als die Krautköpfe auf einen Handwagen zu verladen und nach Hause zu fahren.

Friedolin.

WOLLEN SIE ELEKTROFRAGEN

fachmännisch u. individuell in
beraten sein, dann wenden Sie sich vertrauensvoll an das ansehnliche Elektro-Handwerk

Paul Beerbaum, Bad Homburg. Fries & Dwitzel, Bad Homburg. Josef Kilb, Bad Homburg. Otto Kratz, Bad Homburg. Heinrich Schenderlein, Bad Homburg. Adam Ehry, Gonzenheim. Bernh. Kins, Gonzenheim. Alb. Hartmann, Wehrheim. Heinrich Hinkel, Holzhausen. Ph. Schäfer, Rodheim.

Aus Bad Homburg u. Umg.

Die Adventsfeier des Gemischten Chores der Erlöserkirche unter Darbietung des Weihnachts-Oratoriums von J. S. Bach beginnt morgen Nachmittags 5¹⁰ Uhr (Einladungen). Vorverkauf von Vortragsfolgen mit vollständigem Text und Einführung findet vormittags noch durch die Kisterle der Kirche statt und, soweit noch verfügbar, vor Beginn der Feier.

Die Wahl der Winterkönigin von Bad Homburg wird am kommenden Sonntag anlässlich eines großen Winterfestes im Mittelsaal des Kurhauses stattfinden. Für diesen Zweck wird der Saal mit Hilfe einer reichen Dekoration in eine Winterlandschaft verwandelt werden. Ein vielfältiges, künstlerisches Programm sorgt für die Unterhaltung und Zerstreuung in den Wapspausen. Lydia Bechtold, eine jugendliche Tänzerin, die wir schon einmal hier bewundern konnten, wird einige Winterlänze als Schneefrau vorführen, das Kurhauslangbar Edwin v. Kaiser—Magda Bühren, wird moderne Tänze tanzen und — wie wir gehört haben — sogar zwei Eisbären werden kommen und das Fest verschönern. Die Wahl selbst wird so vor sich gehen, daß das Publikum die Schiedsrichterrolle übernimmt und aus seiner Mitte die schönste und eleganteste Frau als Winterkönigin von Bad Homburg ernannt. Diese Winterkönigin wird dann mit einer herrlichen Krone gekrönt und mit einigen neuen Preisen bedacht werden. Wir hoffen, daß die Veranstaltung, die gleichzeitig als Einleitung zu der Weihnachts-Wertwoche gedacht ist, einen ebenso guten Verlauf nimmt, wie die gleiche Veranstaltung des Vorjahres. Am Besuch wird es nicht fehlen, denn schon jetzt soll rege Nachfrage nach Eintrittskarten herrschen. Die Leitung des Abends liegt in den Händen des Kurhauslangpaares Edwin v. Kaiser—Magda Bühren und damit dürfte eine glatte Abwicklung des Abends gewährleistet sein.

Das Fest der Silberhochzeit begingen gestern Herr Steuerinspektor Otto Müller und Frau; während Herr Karl Möll und Frau Marilna geb. Velbrand, wohnhaft Thomasstraße 1, das Fest am Dienstag, dem 2. Dezember, feiern.

Von den Quellen. Ab Sonntag, dem 30. Nov., wird der zeitweise geschlossene Augusta-Viktoria-Brunnen zu den festgesetzten Brunnenzeiten, und zwar vormittags von 7—10 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr, wieder geöffnet sein.

Kurhaus-Theater. Am Donnerstag, dem 4. Dezember, abends 7¹⁵ Uhr, kommt der beliebte Opernrezensent „Drei alte Schacheln“, Operette in einem Vorspiel und 3 Akten von W. Kollo, zur einmaligen Aufführung. Sympathisch an Kollo ist, daß er die Grenzen seiner Begabung genau kennt und nie den Versuch macht, über die ihm von Gott gestellte Barriere hinauszugehen. Wo er aus dem Herzen des Volkes singen kann, da steht er seinen Mann. Er schreibt immer Melodie, einfache, stets lustige, Gelegenlich — wie im Vorspiel — (steht er auch größere Formen an. Meist aber befragt er sein Herz: „Kannst du das auch?“, und darum bleibt er immer vorn, während andere schon längst ganz hinten sind. Bei dieser Musik kann man nicht folgern: die oder die Nummer ist gut, sondern er folgt der Technik, die ihm die großen Erfolge „Sugabaron“, „Immer feste druff“ usw. gebracht haben. Er schreibt Nummern die von vorn bis hinten hübsch sind. Was die Handlung anbelangt, so ist nur zu sagen, daß sie so lustig ist, daß wahre Lachsalven das Haus durchbrausen. Sollen wird soviel gelacht wie bei „Drei alte Schacheln“, weshalb man auch den Besuch in heutiger Zeit nicht veräumen sollte.

Der Verein für das Deutschum im Ausland hält morgen Nachmittags 3¹⁵ Uhr im „Schützenhof“ eine Nikolausfeier ab.

Anlässlich des Amtsantritts von Amtsgerichtsrat Schäfer zum 1. Dezember 1930 beim Homburger Amtsgericht sind uns aus seinem früheren Wirkungskreis Kirchsheim seitens der Bevölkerung Zellen zugegangen, aus denen hervorgeht, wie großer Beliebtheit sich dieser Richter in allen Kreisen der Bevölkerung seines bisherigen Wirkungskreises erfreute. Dem als Mensch, wie als Richter gleich trefflichen Manne ruft die Bevölkerung des Amtsgerichtsbezirks Kirchsheim ein herzliches Lebewohl zu mit den besten Wünschen für die Zukunft für ihn und seine wertvolle Familie.

Der Motorsport-Club Bad Homburg hält heute Abend, 8¹⁵ Uhr, im Restaurant zum „Taunus“ seine Generalversammlung ab.

Gasverbilligung. Weil sich die am 1. Dezember eintretende Kohlenpreis-Ermäßigung von 6 Prozent ab Zechen auf den Gaspreis mit nur 2 Pfennig je cbm

auswirken wird, kann der billige Gaspreis vorläufig noch nicht gesenkt werden. — Um jedoch den allgemeinen Preisabbau-Bestrebungen Rechnung zu tragen, hat die Deputation der Gas- und Wasserwerke beschlossen, für die Wintermonate Dezember 1930 bis einschl. März 1931 den Gaspreis für den Mehrverbrauch von Gas gegenüber den gleichen Monaten im Vorjahr von 25 Pfg. auf 19 Pfg. je cbm zu verbilligen. Die Bürger-schaft wird gebeten, von dieser Einrichtung möglichst ausgiebigen Gebrauch zu machen. Näheres s. Inserat.

Außerordentliche Versammlung. — Auf die morgen, Sonntag, abends 8 Uhr, in der „Stadt Friedberg“ (Turnhalle) stattfindende außerordentliche Versammlung des Homburg-Kirdorfer Spar- und Darlehnskassen-Vereins wird hiermit nochmals hingewiesen.

Der Volksschor Bad Homburg, der in Koncert-gemeinschaft mit dem Gesangverein „Eintracht“-Gonheim steht, veranstaltet Sonntagabend 8 Uhr im Kurhaus ein Konzert, bei dem Männer-, Frauen- und Gemischte Chöre zum Vortrag gelangen. Auch Solisten werden bei diesem Konzert mitwirken.

Die große Homburger Gewerbe-schau wird morgen Mittag 12 Uhr für das Publikum geöffnet werden. Die oberen Räume des Kurhauses, die schon seit Jahren dem Verkehr des Publikums fern gehalten wurden, werden nun in der kommenden Woche im Mittelpunkt des Interesses der Homburger Öffentlichkeit stehen. Die Front der Kojen, die auf beiden Seiten dieser Prunkhalle Aufstellung gefunden hat, wird Zeugnis ablegen von dem Können des Homburger Gewerbes. Sie wird auch weiterhin dokumentieren, daß Homburg in Bezug auf Preiswürdigkeit der Ware, wohl mit den anderen Nachbarstädten konkurrieren kann. So wäre schon aus diesem Grunde zu wünschen, daß sich die Ausstellung einer guten Besucherzahl erfreuen kann.

Eine Tagung der Homburger Berufs-vertreter. Uns liegt ein Schreiben des Grund- und Hausbesitzervereins e. V. Bad Homburg vor, aus dem hervorgeht, daß er in der Tagung der Berufsvertreter im Rathaus am 27. cr. dem Magistrat ein Protokoll hat zugehen lassen und darin seine Gedankengänge über den Verlauf der Sitzung und seiner Stellungnahme zum Ausdruck gebracht. Es heißt da u. a.: In der am 27. November stattgefundenen Berufsvertretertagung waren von Herrn Bürgermeister Dr. Eberlein nachstehende Herren eingeladen: 1. Kaufmann Richard Debus, Mitglied der Handelskammer, als Vertreter für Industrie und Handel; 2. Kaufmann Julius Schenderlein, Vors. des Handwerks- und Gewerbeamts als Vertreter für Gewerbe und Handwerk; 3. Landwirt Borig, Kreisbauernschaft, als Vertreter der Landwirtschaft; 4. Architekt Struth, Grund- und Hausbesitzerverein, als Vertreter von Grund- und Hausbesitz. Der Bürgermeister wies in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit hin, die in der Magistratsvorlage vorgesehenen Steuern zu bewilligen. Herr Debus machte auf die Konsequenzen, die eine Überbesserung der Realsteuer nach sich ziehen könnte, aufmerksam. Architekt Struth machte sehr interessante Ausführungen über die derzeitige Lage von Haus- und Grundbesitz in Bad Homburg. Man erfuhr u. a., daß in Homburg z. Bt. 1200 Anträge auf Stundung von Hauszinssteuern vorliegen. Das blesige Baugewerbe liege vollkommen darnieder. Es gebe nur ein Weg, alle Gehälter über 4000 Rmk zu kürzen und mit der freiwerdenden Summe den Etat zu balancieren. Durch einen Zwischenruf des Bürgermeisters wurde dieser Ansicht des Herrn Struth entschieden entgegengetreten. Architekt Struth schloß seine Ausführungen, indem er darauf hinwies, daß seitens des Grund- und Hausbesitzervereins noch keine eine Professchrift abgebe und Abwehr derselben sowohl an den Regierungspräsidenten und an das zuständige Ministerium weiter geleitet werde. Landwirt Borig führte für die Landwirtschaft aus, daß sie am Ende ihrer Kräfte sei und sich nicht mehr in der Lage befände, neue Steuern in irgend einer Form zu tragen. Julius Schenderlein, als Vertreter von Handwerk und Gewerbe, schloß sich ebenfalls diesen Ausführungen an.

St. Goarshausen. (Opfer seines Berufs.) Beim Holzfällen ereignete sich hier ein schwerer Unglücksfall. Ein Einwohner aus Himmighofen, der nicht rechtzeitig vor einem niedergebuckelten Baum zur Seite springen konnte, wurde von dem Baum zu Boden geschmettert. Der Bedauernswerte erlitt neben anderen schweren Verletzungen einen Bruch des Rückgrats, so daß er in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Gebhardshain (Westerw.). (Brand im Westerwald.) Hier brannte das Anwesen des Schlossermeisters Sch. Schneider vollständig nieder. Das Mobiliar konnte nur zum Teil gerettet werden. Vermutlich ist das Feuer durch Kurz-schluß entstanden. Die Hausbewohner weilten während des Brandes auf einer Familienfeier in einem benachbarten Ort.

Frankfurt a. M. (Sich selbst gerichtet.) Der Inhaber einer Frankfurter Herrenschneiderei hat sich mit Gas vergiftet. Wiederbelebungsversuche der Rettungswache blieben erfolglos. Wie sich herausstellte, hat sich der Schneider in letzter Zeit infolge geschäftlicher Schwierigkeiten Selbstmordgedanken zu Schulden kommen lassen. Als diese aufgedeckt wurden, nahm er sich die Sache so zu Herzen, daß er allen Weiterungen durch den Freitod entging.

Oberlahnstein. (Millionen von Ratten und Mäusen vernichtet.) Das Hochwasser hat dem unheimlichen Heer der Mäuse und Ratten ein rasches Ende bereitet. Millionen der kleinen Rager wurden von den Wassern überflutet, suchten sich zwar auf höher gelegene Stellen zu retten, aber vergeblich. Das Wasser war schneller und vernichtete das Ungeziefer restlos.

Vereinsnachrichten der kath. Pfarrei.

Rotburgverein. Sonntag 4.30 Uhr Versammlung. Donnerstag Mar. Kongr. Versammlung mit Predigt in der Kirche.

Marlenverein. Donnerstag 8 Uhr Kongr. Versammlung mit Predigt. Dienstag Mandolin- und Gitarrenstunde.

Frauen- u. Mütterverein. Montag (nicht Dienstag) 3 Uhr im Saalbau Versammlung.

Jünglingsverein. Sonntag 8 Uhr Spielabend. Neue Spiele. Mittwoch Sturmschar. in der Unterkirche. Werkabend, Donnerstag Mandolin- und Gitarrenstunde.

DJA. Montag Turnstunde.

Gesellenverein. Freitag Nikolausfeier, zu der auch alle Angehörigen eingeladen sind.

Männerverein. Mittwoch Versammlung im Darmstädter Hof.

Borromäusbühne. Mittwoch Ausgabe von 5.30 bis 7.30 Uhr.

Oratorienchor. Montag für alle Probe in der Unterkirche.

Bekanntmachung

Bezir. Viehzählung am 1. Dezember 1930.

Am 1. Dezember 1930 findet im Deutschen Reich eine Viehzählung statt, die sich auf Pferde, ohne Mischpferde, Maultiere, Maulesel und Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Ferkel, Bienenstöcke, Silberfische und sonstige Edelpelztiere, erstreckt. In Preußen werden auch die Kaninchen miterhoben. Ferner wird die Viehzählung bei den Pferden, Rindern, Schafen und Ferkeln durch Zusatzfragen erweitert.

Die Stadt ist zu diesem Zweck in Zählbezirke eingeteilt, in welchen je ein ehrenamtlich tätiger mit amtlichem Ausweis versehene Bürger die Zählung vornimmt.

Die Viehhalter werden ersucht, den Zählern durch gewissenhafte Angaben das Zählgeschäft möglichst zu erleichtern. Die Ergebnisse der Zählung dienen lediglich volkswirtschaftlichen Zwecken, insbesondere der Erkenntnis der Lage der Landwirtschaft und der Viehzucht und werden zu Steuerzwecken nicht verwendet. Willkürlich falsche Angaben werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für den Staat verfallen“ erklärt werden.

Bad Homburg, 28. November 1930.

Der Magistrat.

Auf Grund des Abschnittes II § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 28. Juli 1930, ist durch Beschluß des Magistrats vom 7. November 1930, dem der von dem Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden bestellte Staatskommissar am 27. Nov. 1930 beigetreten ist, mit Zustimmung des Bezirksauschusses vom 28. November 1930, die Erhebung der Biersteuer nach den Vorschriften der vorbezeichneten Rechtsverordnung ab 1. Dezember 1930 beschlossen worden.

Hiernach erhält § 2 der Biersteuer-Ordnung der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe vom 28. März 1930 folgende Fassung: Die Steuer beträgt bei Einfachbier 2,50 Rmk., Schankbier 3,75 Rmk., Vollbier 5 Rmk., Starkbier 7,50 Rmk.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 29. November 1930.

Der Magistrat.

Durch Beschluß des Magistrats vom 7. 11. 1930, dem der von dem Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden bestellte Staatskommissar am 27. November 1930 beigetreten ist, ist mit Zustimmung des Bezirksauschusses vom 28. November 1930 die Einführung der Bürgersteuer nach dem Landesgesetz für die Stadtgemeinde Homburg für das Rechnungsjahr 1930 beschlossen worden.

Bad Homburg, den 29. November 1930.

Der Magistrat.

Frohe Weihnachten

durch Geschenke von Betten-Buchdahl



Stepdecken (aus der Weberei, aus eigener Fabrik)
 Mk. 15.75 mit Fußbrett Mk. 21.
 Mk. 24.00 Koptteil mit Stäben
 Mk. 25.00 Koptteil mit Stäben

Bettdecken und Daunendecken
 Bettdecken: 3.90, 3.50, 3.25, 2.75, 2.25 bis 0.95
 Daunendecken: 8.75, 7.00, 6.50, 5.50, 4.75 bis 2.25
 19.00, 16.50, 14.50, 13.50 bis 8.75

Deckbetten und Kissen
 Deckbetten: 68.-, 54.-, 47.-, 42.-, 38.-, 32.-, 28.- bis 17.-
 Kissen: 22.-, 18.-, 15.50, 14.50, 13.50 bis 8.50
 Kinder-Deckbett u. Kissen 19.50, 17.-, 13.-, 12.-, 7.-, 6.50

Matratzen aus eig. Fabrik
 Wollmatratz, Dreibeckzüge: 40.-, 46.-, 48.-, 30.- bis 23.-
 Kapok-Matratzen, 1a Java: 75.-, 69.-, 64.-, 55.- bis 42.-
 Rohhaar u. Schlafmatte: 150.-, 175.-, 145.- bis 75.-

Schlafdecken
 Kamehaar: 4.-, 40.-, 38.-, 30.- bis 23.-
 Wolle u. Halbwole: 42.-, 38.-, 30.-, 23.- bis 18.-
 Baumwolle: 10.50, 8.50, 6.50 bis 2.25

Chaiselongues
 aus eigener Fabrik
 Kasten von Mk. 80.- an
 145.-, 115.-, 95.- bis 62.-

Schlafzimmer in allen Holzarten sehr billig. WEISSLACKMÖBEL, SCHRANK, FRISIERTISCHE, HOCKER, STÜHLE, NACHTSCHRANK
 • FRACHTFREIE LIEFERUNG MIT EIGENEN AUTOS AUCH NACH AUSWÄRTS •

Betten-Buchdahl
 Frankfurt a. M., Große Eschenheimerstraße 8 u. 10

Größtes Spezialhaus für Betten und Schlafzimmer

Puppen-Betten, Puppen-Stepdecken, Rohhaarkissen, Patent-Matratzen

Strassburger Hof.

Sonntag ab 6 Uhr

Konzert u. Tanz

Neu Stimmungskapelle Neu

Auf vielseitigen Wunsch

Schlachtfest

am Samstag, den 29. November d. Js.
anlässlich meines Jahres-Eröffnungstages

ganz besondere Überraschungen.

Karl Kappus, Gaststätte Friedrichshof,
Saalburgstr. 66 Telefon 2884

Wichtig für Hausfrauen und Ehefrauen.

Ich habe:

Abend- und Tagkurse
für HauschneiderinnenHauskleider, Nachmittagskleider, Gesellschafts-
kleider, Wäsche, Kinderkleider

D. Hansen-Klüh

ehem. Schülerin der Modeklasse der Kunst-
schule zu Frankfurt a. M.
Hölderlinweg 30. Telefon 2496.

Dauerbrandöfen



Öfen irisch und amerikan. System

Kohlen- u. Gasherde

Kohlenkasten — Ofenschirme

Kupferkessel von Mk. 21 an

Ofenröste, Herdschiffe,
Ofenrohr.

Große Auswahl — billige Preise!

Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.

Martin Reinach, Eisenhandlung

Tel. 2932

Luisenstr. 18

Aufgeweckter Junge mit nur besten Schulzeugnissen
wird zum sofortigen Eintritt als

Buchdrucker-Lehrling

von bleibiger Druckerlei gesucht. Schriftl. selbstgeschriebene
Angebote mit Lebenslauf unter S. G. 650 beifügt die
Geschäftsstelle der „Homburger Neueste Nachrichten“.liefert schnellstens
Ph. DebusReks- und
Lebkuchenbruch
täglich frisch
Arrabin's
Zwiebackfabrik,
Elisabethenstraße 37.Preis-Genkung
in Arbeits- und Ein-
derfleiseln um
10 %
Sohlenleder
im Auschnitt.
Schuhmacherbedarfsartikel
billigt.Ph. Störkel,
Wallstraße 22.Zum Flechten von Rohrstühlen
sowie Anfertigen und Repara-
turen von Körben und Korb-
möbeln aller Art empfiehlt sich

Karl Arnold

Kordmacher, Brendelstr. 49
Sachen werden abgeholt, Post-
karte genügt.

Suchen Sie Geld?

dann wenden Sie sich persön-
lich zu. Kostenl. Auskunft an:Stern, Frankfurt a. M.
Mainluststr. 16 II
Telef. Senkenberg 32572.

Billig zu verkaufen:

1 Büffet, 1 Vertikow, 1 kleiner
Schreibtisch, 2 Waschtische, 2
Nachtschränken, 1 2-türiger
Kleiderschrank, 1 großer roter
Kasten-Gasherd mit Tisch, 11.
Waschen, 1 Sparherd m. Back-
ofen, elektr. Heizlöffel, Beleuch-
tungskörper, Matratzen, Ge-
schirr u. div. anderes.
Gymnasiumstr. 8 II.3 Zimmer = Wohnung
m. Küche, Speisekammer u.
Mansarde im ruhigen Haus
zum 1. 1. 31zu mieten gesucht.
Off. unter 267 S. an die
Geschäftsst. d. 3.

RADIO!

Geräte aller Arten
(Teilzahlung)

Radio Braum Nachf.

Otto KRATZ, Meister
Luisenstr. 96 Telef. 2104

EISO- Stahl- u. Holz-Betten

Schlafzimm., Kinderbetten, Stahl-
Polst., Chaisel, an jeden Teil
Katal. fr. Kleinstückverkauf (Tisch)

Gas-Verbilligung.

In den Monaten Dezember 1930 bis einschl. März
1931 wird der Gaspreis für den Mehrverbrauch an Gas
gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr von

25 Pfg. auf 19 Pfg.

je cbm verbilligt.

Gasverbräuche von 1 bis einschl. 4 cbm im Monat
werden von der Preisermäßigung ausgeschlossen.

Bad Somburg v. d. B., den 27. November 1930

Die Gas- und Wasserwerke-Deputation.

Überraschen Sie Ihre ganze Familie am Weihnachtsabend

mit
Stragula
dem guten billigen BodenbelagHch. Schilling, Haingasse 11
Telefon 2283

Elisabethenverein E. V.

Montag, 1. Dezember, 8,15 Uhr abends im Al-
tenheim 2 der Erlöskirche:Herr Pfr. Lippoldt wird von seinen Erlebnissen
in der Gefangenschaft erzählen und Herr Dehn
Holzhäuser Lichtbilder vorführen.

Gäste willkommen, zahlreicher Besuch erwünscht.

Der Vorstand.

Prima Rindfleisch Pfd. 1.-
Hackfleisch 1.30
sowie Kalb- u. Hammelfleisch
Spezialität: RindswurstchenMekgerei M. Commer Wwe.
Schulstraße 4 Telefon 2640.

Sämtliche RUCKSACHEN

FÜR

Industrie, Behörden,
Familie und Vereine

liefern schnell und billigst die

Homburger Neueste Nachrichten